

## Europas erzwungene Deindustrialisierung

---

9 Nov. 2022 19:05 Uhr

Große Teile der energieintensiven deutschen Industrie werden ihre bisherige Wettbewerbsfähigkeit auf den globalen Märkten verlieren. Aber wohin führt die Flucht aus Deutschland – in die USA oder nach China?



Quelle: [www.globallookpress.com](https://www.globallookpress.com) © Frank May/picture alliance

Symbolbild

*Von Rainer Rupp*

Die wahnsinnigen Selbstmord-Sanktionen gegen Öl und Gas sowie andere für unsere Wirtschaft existenziell wichtige Rohstoffe und industrielle Halbwaren aus Russland führen zu einer unvorstellbaren Deindustrialisierung Europas. Schritt für Schritt scheinen sich unaufhaltsam die schlimmsten Befürchtungen zu bewahrheiten. Diese Katastrophe wäre für die Völker Europas, vor allem für Deutschland, jedoch leicht vermeidbar gewesen. Doch die elitäre Blase unserer Regierungspolitiker, deren Karrieren und Wohlstand von ihrer Unterwürfigkeit gegenüber den Wünschen und Interessen Washingtons abhängen, hat es vorgezogen, skrupellos die Zukunft der Menschen des eigenen Landes zugunsten strategischer US-Interessen zu verkaufen.

Die US-Vasallen, die abgehoben von den Bedürfnissen der einfachen Menschen hierzulande Politik, Medien und Wissenschaft dominieren, haben uns diese Energiekrise aufgezwungen. Sie wird auch dann nicht zu Ende sein, wenn die Preissteigerungen abgeklungen sind. Denn eines steht fest: Deutschland wird noch viele Jahre viel Gas importieren müssen. Importe von Flüssiggas (LNG) über lange Strecken

über das Meer werden immer viel teurer sein als Pipelinegas aus Russland. Zudem hat russisches Gas einen doppelt so hohen Brennwert wie US-amerikanisches LNG. Auch haben die Russen es vorgezogen, langfristig feste Lieferverträge abzuschließen, während das importierte LNG sehr flexibel auf kurzfristige Lieferengpässe mit starken Preiserhöhungen reagiert. Die Situation bei Pipeline-Öl aus Russland ist nicht anders.

Das Fazit heißt also, selbst wenn sich die Energieversorgungssituation in Europa und Deutschland in ein bis zwei Jahren stabilisiert hat, wird das reale Preisniveau der wichtigsten Energieträger viel höher liegen als der zu Zeiten der Versorgung mit russischem Pipeline-Gas und -Öl. Das aber heißt wiederum, dass große Teile der deutschen Industrie einen wichtigen Teil ihrer bisherigen Wettbewerbsfähigkeit auf den globalen Märkten verlieren, was besonders die energieintensiven Branchen trifft. Unternehmen in diesen Branchen werden entweder schließen oder in Länder auswandern, in denen:

a) die Energie billiger ist,

b) keine politische CO<sub>2</sub>-Hysterie Investitionen in die Produktion und die Nutzung von fossilen Energieträgern verhindert wie in den USA und

c) das gesamtwirtschaftliche Umfeld expandiert, weshalb der deutsche Großkonzern BASF seine energieintensive Produktion nicht in die USA oder Kanada verlegen will, sondern nach China.

Wer in Europa jedoch darauf zählt, in Zukunft ausreichend Öl und Fracking-Gas aus den USA zu bekommen, der hat seine energiepolitische Zukunft auf Sand gebaut. Denn hinter dem von Washington zur Schau gestellten, angeblichen Überfluss an heimischer Produktion sowie Reserven an Öl und Fracking-Gas verbergen sich viele Fallstricke.

Unabhängig davon, ob nun durch eine Rezession in den USA, in Europa oder gar in China die Nachfrage nach Öl und Gas zurückgeht oder nicht, steht fest, dass langfristig auf jeden Fall wieder mehr Öl, Gas und Kohle gebraucht werden, vor allem um den Entwicklungsländern ein bezahlbares wirtschaftliches Wachstum zu ermöglichen.

Die OPEC hat ihre Prognose für die langfristige Ölnachfrage angehoben und erneut ihre Forderungen nach neuen Investitionen in fossile Brennstoffe wiederholt. Dies steht im krassen Gegensatz zur US-dominierten Internationalen Energieagentur, die nur wenige Tage zuvor erklärt hatte, dass im Zuge des Ausbaus der Wind- und Solarenergie die globale Nachfrage nach Öl und Gas in wenigen Jahren ihren Höhepunkt erreichen wird.

OPEC-Generalsekretär Haitham al-Ghais sagte auf der ADIPEC-Konferenz in den Vereinigten Arabischen Emiraten, dass "insgesamt Investitionen in Höhe von 12,1 Billionen allein in den Öl-Sektor bis zum Jahr 2045" nötig seien, um die bis dahin gestiegene Nachfrage zu erschwinglichen Preisen zu decken. Weiter berichtete *Reuters*, dass die "chronische Unterinvestition in die globale Ölindustrie in den letzten Jahren aufgrund von konjunkturellen Abschwüngen in der Branche, wegen der COVID-19-Pandemie sowie der Politik, die auf die Beendigung der Finanzierung von Projekten für fossile Brennstoffe abzielt, jedoch Anlass zur Sorge gibt". Und jetzt hat US-Präsident Joe Biden zwei Tage vor den Zwischenwahlen vor einer jubelnden Menge von Klima-Rettern eindringlich und wiederholt unterstrichen: "There is no more **drilling!**" Es "wird keine weiteren [Öl- und Gas-]Bohrungen geben".

Dies bedeute, dass die zukünftige globale und auch die US-Versorgung mit Öl in Mengen, die der Nachfrage entsprechen, überhaupt nicht garantiert ist.

Aber auch der Ausbau von Wind- und Sonnenenergie droht an "einer schwerwiegenden Kupferknappheit" zu scheitern, vor der zwei führende Bergbaumanager jüngst [gewarnt](#) hatten. Und nicht zuletzt denkt Indonesien öffentlich über eine OPEC-ähnliche Organisation für Batterie-Metallbergbau nach, was die Lieferkette für die Energiewende noch schwieriger machen würde.

China hat zwar bei Weitem keine ausreichenden heimischen Energieressourcen, aber in Russland hat es einen starken Partner, mit dem die Energieversorgungsnetzwerke weiter ausgebaut werden. So wird China schon in baldiger Zukunft über eine zweite Pipeline, nämlich über die riesige Pipeline Power of Siberia 2, mit russischem Gas beliefert. Die Pipeline hat übrigens ihren Ausgangspunkt unweit von dem von Nord Stream 2, sodass das für Europa bestimmte Gas ohne große Probleme nach China umgeleitet werden kann. Und russisch-chinesische Pipelines werden folgen.

Was die EU und speziell Deutschland betrifft, so wären die Russen echt blöde, wenn sie sich dazu hergeben würden, auch nur noch einen weiteren Rubel in die Versorgung der Europäer zu investieren, die sich nicht nur wirtschaftlich und politisch als unzuverlässige Kunden, sondern auch als russlandfeindliche Kriegstreiber erwiesen haben.

Die auf Öl- und Energienachrichten spezialisierte Website [Oilprice.com](#) hat am 6. November eine [alarmierende Analyse](#) über die Zukunft der energieintensiven Branchen in Europa veröffentlicht unter dem Titel: Wird Europa eine erzwungene Deindustrialisierung als Folge der Energiekrise erleben? Dafür gibt die Analyse drei Hauptgründe an:

1. Besonders betroffen in der EU sind Industrien wie Ferrolegierungen, Düngemittelfabriken und Spezialchemikalien. Einige schließen bereits infolge der anhaltenden Energiekrise.
2. Bestimmte Branchen werden sich möglicherweise nicht wieder erholen bzw. zurückkommen, wenn die Energiekrise nachlässt.
3. Ein zunehmend straffes regulatorisches energiepolitisches Umfeld ist ein weiterer Grund für die Deindustrialisierung in Europa.

Weiter heißt es bei [Oilprice.com](#):

"Die Europäische Union feiert in diesem Jahr in aller Stille einen stetigen Rückgang des Gas- und Stromverbrauchs inmitten rekordverdächtiger Preissteigerungen, einer Unterbrechung eines Großteils der russischen Gasversorgung und einer Liquiditätskrise auf dem Energiemarkt. Doch der Grund zum Jubeln ist mehr als zweifelhaft: Die Unternehmen haben ihren Energieverbrauch nicht nur gedrosselt und machen weiter wie bisher. Vielmehr schließen sie Fabriken, verkleinern die Produktion oder verlagern sie ganz aus Europa. Europa könnte durchaus auf dem Weg zur Deindustrialisierung sein."

Dass die Europäische Union auf eine Rezession zusteuert, dürfte inzwischen jedem klar sein, der die Indikatoren beobachtet. Der PMI-Indikator für Oktober ist ein weiterer Beweis dafür, dass die Eurozone in eine ziemlich tiefe Rezession abgleitet, während der Inflationsdruck intensiv bleibt, [berichtet Reuters](#). Der Purchasing Managers Index (PMI) ist hierzulande als "Einkaufsmanagerindex" bekannt und gehört zu den wichtigsten Frühindikatoren zur Beurteilung der Konjunktur und der allgemeinen wirtschaftlichen Gesundheit. Im Oktober lag er den vierten Monat in Folge unter der Marke von 50, die

Wirtschaftswachstum von Kontraktion trennt. Er fiel von 48,1 im September auf 47,1 im Oktober und somit auf den niedrigsten Wert seit November 2020. Laut *Reuters* zeigt die Länderaufschlüsselung, dass "Deutschland in viel größeren wirtschaftlichen Schwierigkeiten steckt als Frankreich". Damit hätte Deutschlands grüne Außenministerin mithilfe des grünen Wirtschaftsministers ihr erklärtes Ziel, "in Europa die Führung zu übernehmen", erreicht.

Die Ankündigung der BASF letzten Monat, dass der Konzern in Deutschland dauerhaft nach unten gehen, aber in China expandieren würde, war ein erster empfindlicher Schlag für eine Regierung, "die versucht, Energieknappheit zum Jonglieren mit Klimazielen" zu missbrauchen, so *Oilprice.com*. "Der europäische Chemiemarkt wächst seit etwa einem Jahrzehnt nur noch schwach, [und] der deutliche Anstieg der Erdgas- und Strompreise im Laufe dieses Jahres setzt die Chemie-Wertschöpfungsketten unter Druck", hatte der BASF-Vorstandsvorsitzende Martin Brudermüller Ende Oktober gesagt.

Es ist jedoch erwähnenswert, dass die Energiekrise nicht der einzige Grund für die Pläne der BASF war, ihre Präsenz im Inland zu verringern und im Ausland zu wachsen. Auch die immer strengere EU-Regulierung sei ein Faktor für diese Entscheidung, sagte Brudermüller.

Auch andere Branchen scheinen Probleme mit neuen EU-Vorschriften zu haben. Der Handelsverband der Stahl- und Aluminiumindustrie, die ebenfalls erheblich unter der Energiekosteninflation gelitten hat, hatte kürzlich vorgeschlagen, dass die EU mit ihrem neuen grenzüberschreitenden Anpassungsmechanismus, auch bekannt als die Importkohlenstoffsteuer, einen schrittweisen Ansatz verfolgt.

Die CBAM wurde konzipiert, um gleiche Wettbewerbsbedingungen für europäische Industrieunternehmen zu schaffen, die strengen Emissionsvorschriften unterliegen. Dadurch wird die Produktion in der EU zusätzlich zu den höheren Rohstoffpreisen noch teurer als die Produktion in Ländern mit laxeren Emissionsstandards. Die CBAM-Steuer ist also eine Art Schutzzoll für die künstlich verteuerte Produktion der heimischen Produzenten auf dem EU-Binnenmarkt, natürlich zulasten der Verbraucher und zugunsten der Verkäufer und Händler von CO<sub>2</sub>-"Verschmutzungsrechten". Das würde vor allem wichtige Rohstoffe für die europäische Stahl- und Aluminiumindustrie verteuern.

Der CBAM-Schutzzoll kann zwar die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Hersteller auf dem EU-Binnenmarkt trotz hoher Kosten aufgrund der strengen EU-Emissionsvorschriften einigermaßen sichern, aber das funktioniert nicht auf den globalen Märkten. Dort werden die in der EU hergestellten, energieintensiven Produkte aufgrund erhöhter "politisch-grüner" Energiepreise und wegen der zusätzlichen Kosten der EU-Emissionsvorschriften wegen mangelnder Wettbewerbsfähigkeit nach und nach aus dem Markt geworfen. Das wird zu Schließungen oder weiterer Auswanderung von Fabriken führen, mit entsprechenden Arbeitsplatz- und Einkommensverlusten sowie Verarmung früherer florierender Industrieregionen.

Ein Zehntel der europäischen Rohstahlproduktionskapazität ist nach Industrie-Schätzungen bereits stillgelegt. Alle Zinkhütten haben die Produktion gedrosselt, und einige haben geschlossen. Die Hälfte der primären Aluminiumproduktion wurde ebenfalls stillgelegt. Und bei Düngemitteln sind 70 Prozent der Fabriken wegen der Energieknappheit stillgelegt.

Auch Chemiebetriebe drosseln ihre Aktivitäten, Ferrolegierungsöfen sind kalt und auch die Kunststoff- und Keramikfertigung schrumpft.

Die erschreckenden Aussichten auf den Abstieg Deutschlands auf das Niveau eines Entwicklungslandes scheint die grünen "Klima-Fanatiker" absolut kaltzulassen. Vielmehr scheinen sie sich diesen Zustand und die Umwandlung von Deutschland in ein von Blumen geschmücktes Bio-Agrarland geradezu herbeizuwünschen. In letzter Zeit erscheinen vermehrt Artikel, die in der aktuellen "[Energiekrise eine Chance für das Klima](#)" sehen. Dafür muss man schon ein starkes Kraut rauchen, um so etwas zu schreiben.

*RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.*